

Geht es nur noch um wenige Tage oder um mehrere Wochen? Fakt ist: Noch immer hat das brandenburgische Landesumweltamt die finale Genehmigung für das Tesla-Werk in Grünheide nicht erteilt. Eigentlich sollte das Vorzeigeprojekt von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) schon im vergangenen Sommer grünes Licht bekommen. Doch es wurde Herbst, Winter und inzwischen Frühling. Auch der zuletzt genannte Termin – bis Ende März – verstrich, ohne dass etwas geschah.

Auf der Baustelle am Rand der A10 südöstlich von Berlin ist davon allerdings wenig zu spüren. Die Fabrikhallen stehen längst, der Innenausbau läuft auf Hochtouren. Tesla-Fans, die mit ihren Drohnen die Baufortschritte akribisch dokumentieren, sichteten zuletzt, wie Kräne der Marke Bang und Roboter von Dürr angeliefert wurden. Fotos deuten darauf hin, dass auch schon die ersten Schreibtische in den Büroetagen stehen. Kurzum: Alles sieht danach aus, als ob der ambitionierte Zeitplan des amerikanischen Elektroautoherstellers weiter steht. Demnach soll die Produktion in Grünheide im Juli starten, 12 000 Mitarbeiter sollen dann eine halbe Million Elektroautos im Jahr fertigen.

Möglich macht das rege Treiben auf der Baustelle der Paragraph 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Demnach können die Behörden einzelne Baumaßnahmen schon genehmigen, wenn der Antragsteller sich verpflichtet, notfalls alles wieder abzureißen. Tesla hat inzwischen rund ein Dutzend dieser vorläufigen Genehmigungen beantragt und erhalten. Wie viel Geld das Unternehmen schon im märkischen Sand verbaut hat, will es – wie so vieles zu der Fabrik – nicht sagen. Die Investitionssumme für das Werk als Ganzes wird auf mehr als 5 Milliarden Euro geschätzt.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) nennt inzwischen lieber keinen Zeitplan mehr. Nichts soll den Findruck erwecken, als würde das Wirtschaftsministerium der Umweltbehörde Druck machen. Einen drohenden Rufschaden wegen des schleppenden Genehmigungsverfahrens sieht Steinbach nicht. „Heute ist schon erkennbar, dass das Engagement der Landesbehörden im Zuge des Bauprozesses weltweit positiv registriert und uns Anerkennung gezollt wird“, sagte er der F.A.Z. „Brandenburg ist ein verlässlicher und kooperativer Partner für Unternehmen, die sich im Land engagieren wollen. Eine bessere Werbung gibt es nicht.“ Nun kann er nur hoffen, dass die Umweltbehörde dem Vorhaben nicht doch noch einen Strich durch die Rechnung macht. Dies wäre nicht nur für Brandenburg, sondern für den Standort Deutschland insgesamt ein GAU. Auch wenn die wenigsten erwarten, dass es so weit kommt – ganz ausgeschlossen ist es nicht.

Das Abholzen des Kiefernwaldes, die Umsiedlung von Fledermäusen, der mit dem Werk verbundene Verkehr: Gegner des Projekts haben viele Kritikpunkte. Über acht Tage zog sich im September die



Foto: BANG Kransysteme GmbH & Co.KG

Wie Tesla in Grünheide die Überholspur nutzt

Die Fabrik in der Nähe von Berlin ist fast fertig, die finale Genehmigung des Landesumweltamts lässt aber immer noch auf sich warten. Der Elektroautohersteller fordert jetzt eine grundlegende Veränderung in den deutschen Genehmigungsverfahren. *Von Julia Löhr, Berlin*

öffentliche Anhörung hin, das Protokoll umfasst 1250 Seiten, auch das ein Grund, warum die umweltrechtliche Prüfung so lange dauert. Die Hauptsorge von Umweltschützern gilt der Wasserversorgung. Der örtliche Wasserverband hat sich schon mehrfach skeptisch dazu geäußert. Für die erste Ausbaustufe des Werks ist die Versorgung gesichert, für die weiteren Bauabschnitte noch nicht. Dass es diese geben soll, steht außer Zweifel. Tesla will auf dem Gelände auch eine Batteriefabrik bauen. Dafür könnte eine Lagerhalle genutzt werden, für die Tesla schon eine vorläufige Genehmigung erhalten hat. Jedoch ginge eine solche Umnutzung der Halle nicht ohne Genehmigung. Beantragt hat Tesla diese bislang nicht.

Sollten wie geplant im Sommer die ersten Elektroautos in Grünheide vom Band rollen, wäre die Fabrik mit gut einem Jahr Bauzeit annähernd so schnell entstanden wie die im chinesischen Shanghai. Dass Tesla mit dem Prozedere trotzdem unzufrieden ist, zeigt ein Brief, mit dem sich das Unternehmen jetzt in einen aktuellen Rechtsstreit einmischte. Es geht dabei um die kürzlich beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingereichte Klage der Deutschen Umwelthilfe, mit der diese die Bundesregierung auf die Einhaltung der Klimaziele verpflichten will. Tesla unterstützt diese Klage und schreibt: „Der deutsche Genehmigungsrahmen für Industrie- und Infrastrukturprojekte sowie für die Raumplanung steht

in direktem Gegensatz zu der für die Bekämpfung des Klimawandels notwendigen Dringlichkeit der Planung und Realisierung solcher Projekte.“ Dass Tesla 16 Monate nach Beantragung der Genehmigung immer noch nicht wisse, wann diese erteilt werde, sei „irritierend“.

„Amicus Curiae“ nennen sich solche aus den Vereinigten Staaten bekannte Schreiben, mit denen sich Unbeteiligte an Gerichte wenden. Tesla fordert in dem Brief, dass in Genehmigungsverfahren nicht nur die Umweltauswirkungen vor Ort geprüft werden sollten, sondern die Umweltfolgen als Ganzes. Im Fall der Elektroautofabrik stünden dem abgeholzten Wald und dem Wasserverbrauch dann die eingesparten CO₂-Emissionen durch

die Elektroautos gegenüber. Ferner wünscht sich Tesla ein „Fast Track“-Verfahren für umweltfreundliche Industrie- und Verkehrsprojekte. Hintergrund ist, dass die Infrastruktur in Grünheide nicht so schnell wächst wie die Fabrik. Die Verlegung des Bahnhofs Fangschleuse befindet sich noch in der Planungsphase.

Fördermittel des Landes sind nach Angaben des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums bislang nicht gezahlt und auch nicht bewilligt worden. Der Investitionsbank des Landes Brandenburg liege ein Förderantrag vor, dieser werde noch geprüft. Im März vergangenen Jahres hatte Steinbach davon gesprochen, dass Tesla rund 280 Millionen Euro erhalten könnte. Zudem hat sich das Unternehmen um Unterstützung aus dem Batteriezellenprogramm von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bemüht. Alles in allem könnte Tesla so rund eine Milliarde Euro von den deutschen Steuerzahlern bekommen.

Die Arbeitsagentur in Frankfurt/Oder meldet unterdessen, dass sie bislang rund 3500 Bewerber an die Personalabteilung von Tesla vermittelt hat. „Die Mehrzahl stammt aus Berlin und Brandenburg“, sagte ein Sprecher. „Inzwischen gibt es auch erste Aufträge von zwei Firmen aus Süddeutschland und aus Asien, die sich als Zulieferer der Gigafactory Grünheide ansiedeln wollen.“ Auch diese hätten die Arbeitsagentur eingeschaltet. Zwar erwarten Branchenbeobachter nicht, dass Tesla nach Tarif zahlen wird. Zumindest die Finstiegsgehälter deuten allerdings auf ein gehobenes Gehaltsniveau hin. Sie liegen der Arbeitsagentur zufolge selbst in der niedrigsten Entgeltstufe bei 2700 Euro brutto.